

# Berliner Tageblatt

Nr. 292

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Englands Bemühungen um eine Verständigung.

### Englands Sorgen — Die Sorgen der Welt.

Die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung. — Frankreichs Mißerfolg. — Die Gefahren der Lage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 23. Juni.

„Die englische Regierung setzt ihre geduldigen und beharrlichen Bemühungen fort, eine allgemeine Diszussion über die Reparationsfrage zustande zu bringen“, beginnen die „Times“ ihren heutigen Leitartikel. Gewiß seien die Schwierigkeiten sehr groß, und sie seien niemals größer gewesen als heute. Es besteht aber kein Zweifel, daß die Regierung ihre Aufgabe mit nicht nachlassender Energie weiter verfolgen werde, denn eine Regelung sei ein Lebensnotwendigkeit für England, das sonst in seiner Beziehung irgendeinen Fortschritt machen könne. Das einzige Muffelstück des Handels, das so rasch wieder nachlasse, sei ein Beweis dafür, daß Englands Sorgen die Sorgen der Welt sind. Wenn die Regierung alles tue, was sie könne, werde sie es hiermit nur ihre Pflicht dem Lande gegenüber. Unbegreiflich verhalte die Regierung, zu einem Präliminarabkommen mit Frankreich zu kommen. Schläge dieser Art verstoße sie gegen die Hoffnung, Europa zu beruhigen, und geringer als heute. Eine gesunde und vernünftige Verständigung zwischen England und Frankreich sei die einzige Möglichkeit, mit den Mächten der Inmordung fertig zu werden. Der englische Standpunkt sei jetzt vollkommen klar. England wolle die endgültige Regelung der Reparationsfrage und die Beteiligung Europas von der gegenwärtigen höchst gefährlichen Unsicherheit. Wenn dies auch die Absicht Frankreichs sei, so könnten alle anderen Meinungsverschiedenheiten überwunden werden. Die „Times“ sprechen jedoch von dem englischen Fragebogen und führen fort, es gebe gewisse Dinge, die die englische Regierung tun könne, und andere, die sie nicht tun könne. Es könne und müsse aber Rücksicht auf die „besonderen Schwierigkeiten“ Frankreichs genommen werden, für die England selbst teilweise verantwortlich sei. England könne Frankreich wesentliche Konzeptionen machen, wenn Aussicht auf eine allgemeine Regelung bestünde. Dagegen könne es nicht seine eigene Politik der Frankreichs unterordnen. Wenn Poincaré der Ansicht sei, daß England seinen moralischen Einfluß benutzen sollte, um die französische Unternehmung im Ruhrgebiet zu erleichtern, so müsse ihm deutlich gesagt werden, daß dies nicht in Frage komme, denn trotz einiger augenblicklicher Vorteile habe die Ruhrbesetzung höchst unglückliche Folgen gezeitigt; Frankreich habe wirtschaftlich nichts von dem Ruhrabenteuer gewonnen und werde auch sobald nichts gewinnen, selbst wenn alle Regierungen der Welt Deutschland zur Aufgabe des passiven Widerstandes aufforderten. Die ganze wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschlands sei in Gefahr, zusammenzubrochen. Die Deutschen seien ein geduldetes und diskriminiertes Volk, aber jetzt sei die Frage, wie lange die nationale Ehre, die durch die Besetzung der Ruhr gefährdet worden sei, unter dem geradezu unerträglichen wirtschaftlichen Zwang aufrechterhalten werden könne. Wenn es nicht bald einen Wechsel gebe, müßte man über kurz oder lang mit dem Zusammenbruch Deutschlands rechnen. Diese Last aber sei zu schwer für Europa. Unter diesen Umständen könne die englische Regierung den nächsten Versuch nicht machen, von Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verlangen. Nur Frankreich könne den deutschen Widerstand beenden, und zwar, indem es erkenne, daß der deutsche wirtschaftliche Lösung mit Zwangsmassnahmen zu erreichen, nicht nur nutzlos sei, sondern schwere Gefahren über Europa und Frankreich bringe. Keine ernsthaften Bepfehlungen über die Reparationsfrage seien möglich, solange der Ruhrkonflikt andauere. Dieser aber könne nur dadurch beendet werden, daß beide Parteien die Waffen niederlegen. Deutschland sei gebrochen; Frankreich habe die Möglichkeit, den Großteil eines Siegers zu zeigen. Noch sei es möglich, Europa zu retten; in kurzer Zeit aber könnten die Aussichten, eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage zu erzielen, verschwunden sein.

Der „Daily Telegraph“, der bei dieser Gelegenheit an den Jahrestag der Ermordung Rathenaus erinnert, will wissen, daß die deutsche Regierung einen Versuch mache, in unmittelbare Verhandlungen mit Frankreich zu gelangen. Dies wurde von Berlin weniger energisch, aber von Paris bestimmt abgelehnt. (Es will uns scheinen, daß der Berliner Dementi nicht weniger energisch als das französische war. L. Med.) Trotzdem sei es wahr (?), und man müsse hoffen, daß die endgültige Lösung in der nächsten Zeit weitergehe, falls nicht etwa blinde Widerspenstigkeit Berlins es wieder abziehe, die zwar nicht freundschaftliche, aber doch feste Hand zu die, war nicht freundschaftliche, aber doch feste Hand zu werden, die ihm von französischer Seite entgegengebracht werde. Eine gewisse Hoffnung setzt man auf Dr. Wenck, dessen Name in Verbindung mit den Verhandlungen genannt wurde, die zur Klärung der Reparationsfrage führen sollen. Auch von anderen Vermittlern habe man gesprochen, z. B. von dem Schweizer Bankmann, Dubois, der im letzten Herbst an der Konferenz der Finanzfachverständigen in Berlin teilgenommen hat. Ferner teilt der „Daily Telegraph“ mit, daß man in Paris eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin für wünschenswert halte. Das sei zweifellos richtig, aber man könne nicht einsehen, welchen Nutzen eine solche Unterredung habe, bevor Frankreich auf den englischen Fragebogen geantwortet habe.

Kreisen in London wird angenommen, daß die Antwort bei der britischen Regierung frühestens nächste Woche eintreffen werde.

### England drängt auf Beschleunigung in Paris.

Die Schwierigkeiten einer belgisch-französischen Verständigung. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Juni.

Gestern abend erschien der britische Botschafter in Paris, Lord Crewe, am Quai d'Orsay und hatte eine kurze Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Es wird erklärt, daß Lord Crewe eine Mitteilung der englischen Regierung an Frankreich überbracht habe, aber der Inhalt dieser Mitteilung wird offiziell nicht bekannt gegeben, und die meisten Morgenblätter vermeiden jeden Kommentar. In einigen wird angedeutet, daß die englische Regierung die Bitte ausgesprochen habe, die Antwort auf das englische Memorandum zu beschleunigen, damit die Verhandlungen über eine Beendigung des Konfliktes bald beginnen können. Das „Echo de Paris“ bemerkt dazu: „Es ist klar, daß vor der Bildung des belgischen Kabinetts eine Antwort auf das letzte britische Memorandum nicht gegeben werden kann. Wenn die französische Regierung ihre Antwort beschleunigen wollte, ohne die Beendigung der belgischen Krise abzuwarten, dann würde Frankreich sich der Gefahr aussetzen, nicht mehr in enger Übereinstimmung mit der belgischen Regierung zu handeln, und das darf nicht geschehen.“ Dieser Standpunkt ist nach den täglichen Erklärungen, daß Frankreich und Belgien in allen Punkten „einer Meinung“ seien, nicht ganz begründlich; er ist noch weniger zu verstehen, wenn daran erinnert wird, daß Belgien offiziell angezeigt hat, es lege den größten Wert darauf, die Antwort noch vor Beendigung der Krise zu erteilen, und der Minister Jaspars habe deshalb bereits die Grundzüge der belgischen Auffassung dem französischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis bringen lassen. Die einzige Folgerung, die sich aus der letzten Entschuldigungen ziehen läßt, ist die wahrscheinlich zutreffende Vermutung, daß die belgische und die französische Auffassung über die Antwort an England nicht so vollständig übereinstimmen, wie die offizielle französische Presse behauptet hat, und daß Poincaré sich mit seiner Ansicht etwas isoliert fühlte. Sein Plan ist, mit der Antwort so lange zu warten, bis die deutsche Kapitulation angesehen werden kann, die diplomatische Situation Frankreichs verläßt. Auf diese Weise glaubt Poincaré dann allen unangenehmen Einwirkungen der anderen Alliierten für eine gemächliche Lösung zu entgehen und seine eigenen Bedingungen diktieren zu können.

Ob dieser Plan einigermaßen gelingen kann, hängt von der Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes ab, das jetzt trotz seiner Not die Ruhe nicht verlieren darf. Doch England und sehr wahrscheinlich auch Belgien die Absichten des französischen Ministerpräsidenten erkennen und nicht ohne weiteres geneigt sind, ihnen nachzugeben, läßt sich aus manchen Anzeichen schließen. Doch sind derartige Meinungsverschiedenheiten der Verhandlungen nicht zu überschätzen. Bisler hat noch immer Verbindungen der Alliierten in den Kreisen Frankreichs, welche die Gefahren der Stunde erkennen, wird in einem langen Kommentar zu den letzten Montagsartikeln Theodor Wolffs in „L'Echo“ erklärt: „Es wäre gut, zu wissen, ob dieser Artikel nur die persönliche Meinung des Verfassers spricht oder inspiriert ist. Daß Deutschland stark auf England rechnet, ist sicher. England scheint allerdings davon überzeugt zu sein, daß der passive Widerstand kein leeres Wort ist. Wir wissen nicht, ob diese Annahme zutrifft, aber wir haben es erfahren, daß niemand berechnen kann, wie lange noch der wirtschaftliche Kampf dauern kann, den seit dem 11. Januar das Reich so erbitert gegen Frankreich führt. Die Welt ist in Aufregung, das ist wahr; aber wird Frankreich für den Winter Kohlen haben? Der militärische Vergleich mit dem Sieg der letzten Viertelstunde hat für wirtschaftliche Probleme nicht die gleiche Bedeutung. Wenn Deutschland „kapituliert“, fängt die schwerste Arbeit erst an. Außer Preissteigerungen zu gewinnen, aber was sollen wir mit einem ruinierten und verwüsteten Land anfangen? Wir werden dann ein Pfand haben, aber ein Pfand, das uns nichts einbringt als Kohlen und Gefahren. Diese Bemerkung soll nicht der Sache Deutschlands dienen, sondern auf die ersten Möglichkeiten hinweisen, mit denen wir rechnen müssen. Die Lösung muß von einem Punkt aus gesucht werden, der Frankreich und Deutschland gemeinsam ist. Deutschland hat kein Geld, Frankreich hat keine Kohlen und keinen Acker.“

Die französische Presse mag nicht die allein mögliche Forderung auszusprechen, daß die von dem Ministerpräsidenten Poincaré geführte Zwangspolitik ungerecht und gefährlich ist, und daß nützliche Verhandlungen nur auf dem Wege zu erreichen sind, den die letzten deutschen Angebote vorgezeichnet haben, und der von allen anderen Alliierten für gangbar gehalten wird. Aber Frankreichs Vorschläge und Pläne, auch die am meisten gemäßigten, gehen doch immer von der Forderung aus, daß zunächst einmal Deutschland den Widerstand aufgeben und die Last der Belegung als eine Rechtsabhandlung anerkennen müsse. Auch Millet redet heute im neuesten Heft seiner „Europe Nouvelle“ Deutschland zu, diese beiden Voraussetzungen zu erfüllen. Dann werde sich alles andere finden. Aber leider (so sagt Millet) kommen vernünftige Lösungen schwerer Probleme nicht von selbst zustande. Männer sind nötig, die solche Aufgabe zu lösen verstehen und ihren Landsleuten klar machen können. Auf solche Männer wartet Deutschland.“ Sollte nicht auch Frankreich Männer dieser Art nötig haben, Herr Millet?

## Gedenktag der Republik.

Von Dr. Ernst Feder.

Waltherr Rathenau legt einmal in dem Kapitel seiner „Reflexionen“, das er „Angeschriebene Schriften“ betitelt hat: „Goethe wird von Lichtheim gelobt, weil er im Andenken des Kraters die vereinbarte Vorsicht vergißt. Bei edlen Menschen sind auch die Verfehlungen schön.“ Sie entstehen, wenn eine Tugend die andere verdrängt.“ Rathenau hat die notwendige Vorsicht vergessen, als er sich in die Lava und das Geröll der deutschen Politik begab. In seiner gütigen und vornehmen Art hat er allen Warnungen zum Trotz an die ihm drohende Gefahr nicht geglaubt oder nicht glauben wollen. Er war der erste, der in einem Telegramm den Mordanschlag auf Scheidemann beglückwünschte, als der Oberbürgermeister Rathenau in Berlin aufsuchte und ihm sagte, er habe bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß auch gegen Rathenau ein Attentat geplant sei, schätzte er ungläubig den Kopf. Der frühere Reichskanzler Wirth teilt jetzt in einem Brief folgendes mit: „Ich erinnere mich an einen Abend, an dem ich ihm mit aller Aufrichtigkeit sagte, daß sein Leben Gefahr drohe. Ich schilderte ihm kurz die Gefahr und bat ihn, nun doch endlich die Maßnahmen über sich ergehen lassen zu wollen, die notwendig seien, um ihn zu schützen. Meine Mitteilungen waren ernsthaft. Eine Minute lang stand der Mann wie versteinert vor mir; er stellte an mich nur eine kurze Frage. „Ich gab ihm aufrichtig Antwort; dann versank er in ein kurzes Nachdenken. Dann plötzlich mit der herrlichen, gütigen Miene, indem er mir beide Hände auf die Schultern legte, sagte er mir, er danke für die Warnung und die Warnung, aber er glaube nicht daran.“

Ganz selten nur hat Rathenau selbst zu diesen Dingen das Wort genommen. Einmal hat er (es handelte sich um lägenhafte und demagogische Angriffe gegen das Wiesbadener Abkommen, die ein rechtsstehender Reichstagsabgeordneter am Tage der Eröffnung des demokratischen Parteitages in Bremen in der „Weser-Zeitung“ erhob) in diesen Spalten den Artikel zunächst sachlich zerlegt und dann festgesetzt: „Wenn unter Demagogie das Wirken zu verstehen ist, das auf unzutreffende Argumente gestützt, mangelhaft informierte Stände und Massen in verführerischer oder unüberhörlicher Form zu leidenschaftlicher Empörung gegen Menschen und Einrichtungen erregt, so glaube ich berechtigt zu sein, die Kundgebung und wozu sich auf ähnlichem Niveau bewegt, als demagogisch zu bezeichnen. Wenn solche Kundgebungen systematisch und unablässig ausgetrieben, zu Ubertreibungen ins Land gehen und nachgedrungen zu Ausbrüchen urteilloser Leidenschaftlichen führen, so soll man nun mindestens nicht nachträglich mit abnungsfloher und bedauernder Unschuld die Hände waschen und sogenannte Verblendete von den Rockschößen abschüteln. Schon heute gehen diese Dinge ihren Gang. Ueber ihre Auswirkungen zu reden, unterlasse ich.“ Die erregende Warnung war fruchtlos. Die Dinge gingen ihren Gang...

Der Wiederkehr des Tages, an dem vor einem Jahr Waltherr Rathenau durch seinen Lieberall ermordet worden ist, wird in ganzen Reich in Trauerkundgebungen gedacht. In der deutschen nationalen Presse wird, anscheinend nach einheitlicher Forderung, der Wunsch ausgedrückt, man möge angesichts der heutigen Lage „auf solche Demonstrationen“ verzichten. Der Wunsch ist verständlich, weil der Zusammenhang zwischen dem Mord und den politischen Kampfmethoden rechtsstehender Gruppen nicht weggewischt werden kann, und weil er bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden darf. Aber die deutsche Republik, Wolf wie Regierung, würde Anstreue und Verrat an sich selbst üben, wollte sie nicht der Bedeutung des morgigen Tages mit dem ganzen Ernst Ausdruck geben, der gerade durch die heutige Situation erregt ist. Die Republik steht in einem Kampf um Leben und Selbständigkeit gegen einen Feind, der keine materiellen, keine moralischen Mittel scheut, um das Reich zu zerlegen. Vielleicht meint mancher, daß da keine Zeit zur Trauer um einen einzelnen sei, der für die Republik gefallen ist. Aber die Schüsse im Grunewald galten nicht dem einzelnen Mann, an dessen Leibe und lauterer Gefinnung gewiß niemand ernstlich gewweifelt hat. Sie galten der Republik, in deren Dienst er freiwillig ergraut und gealtert ist. Und die Wundwaffe wurde nicht bloß von dem bedient, der sie zufällig erbob. Gewiß sind jetzt die kümmerlichen Erscheinungen von Kern und Krüppel, von Lechow und Lillienfeld mit dem glänzenden Namen Waltherr Rathenaus verbunden, wie im Berlin das Insekt gefangen liegt. Aber die Individualschuld der Täter ist gering neben der Kollektivverantwortlichkeit der geheimen Rinde, in der solche Mordepaß besprochen wurden, weiter Kreise, die über den Tat frohlockt, die Täter beglückwünscht und gehert, und den Dank Ledows, der pflichtgemäß vom Ansehen des Schuldigen Anzeige machte, mit Schmähungen überschüttet haben. Zu den Wegbereitern der Tat gehören alle die, die durch Lüge, durch Verleumdung, durch den Kampf mit vergifteten Pfeilen, durch Sandlungen oder durch Gewährlassen jene Atmosphäre geschaffen haben, aus der dann die Tat hervorgegangen ist, mögen sie dann auch „nachträglich mit ahnungsfloher und bedauernder Unschuld die Hände waschen, und sogenannte Verblendete von den Rockschößen abschüteln.“

Vielleicht könnte man über diese Dinge schweigen, wenn inzwischen eine wesentliche Besserung eingetreten wäre. Das ist nicht der Fall. Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Dr. Hagens, hat im Urteil des Rathenau-Prozesses die Hoffnung ausgesprochen, daß der Oberbürger Rathenau und die schrecklichen Folgen des Verbrechens dazu dienen möchten, die schwache Atmosphäre zu reinigen und das in ihr verstrickte und schwermächtige Deutschland der Besserung entgegenzuführen. Hat sich die Hoffnung erfüllt? Das Urteil stellt fest, daß „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“

\* Weiter erzählt, von der französischen Regierung sei keine endgültige Mitteilung darüber eingegangen, zu welchem Zeitpunkt ihre Antwort auf den britischen Fragebogen über das Reparationsproblem erwartet werden könne. In gut unterrichteten